Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 43 | **Sonnabend den 20. Februar 1904** | 11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Rußland und Japan.

Der Statthalter Alexejew hat dem Zaren ein Telegramm des Chefs des Wladiwostock-Geschwaders Kapitän v. Reitzenstein mitgeteilt. Darnach wurde am Morgen des 16. Februar der japanische Handelsdampfer „Naguri-Maru“ zerstört, an Bord wurden 41 Mann gefangen genommen. Ein kleiner Küstenfahrer wurde ebenfalls aufgebracht; wegen des heftigen Sturmes konnte aber die Mannschaft nicht an Bord genommen werden, infolgedessen wurde dieses Schiff nicht versenkt. Das schwere Wetter verhinderte es, an der Küste entlang zu fahren, das Geschwader nimmt daher seinen Kurs auf Tschertakow, sich vor dem Sturm in die hohe See zurückziehend, um sich dann der koreanischen Küste zu nähern. Das Geschwader lief wegen der erregten See nur 5 Knoten. Die Schiffe nahmen schwere Sturzwellen über und sind, da 9 Grad Kälte herrschen, ganz mit Eis bedeckt. Das Geschwader hatte in drei Tagen zwei heftige Stürme zu bestehen. — Aus dieser Meldung geht hervor, daß die Japaner in den letzten Tagen lediglich durch die Ungunst der Witterung verhindert worden sind, ihre Offensive vor Port Arthur in der Weise fortzuführen, wie sie sie in der Nacht zum 9. Februar begonnen hatten.

Nachträglich wird bekannt, daß in dem Gefecht, das am 8. Februar im Hafen von Tschemulpo stattfand, von der Besatzung der beiden russischen Kriegsschiffe „Warjag“ und „Korjetz“, die von den Japanern zum Sinken gebracht wurden, 456 Mann, darunter 17 Offiziere, umgekommen sind. Von den Ueberlebenden, die Donnerstag an Bord des französischen Kreuzers „Pascal“ nach Schanghai abgingen, sind 268, darunter 16 Offiziere, von dem „Pascal“, dem englischen Kreuzer „Talbot“ und dem italienischen Kreuzer „Elba“ gerettet worden. Die russische Regierung bestätigt diese Mitteilung, wenn auch nur indirekt. Nach einem Telegramm aus St. Petersburg hat das russiche Ministerium des Aeußern ein Telegramm des Befehlshabers des französischen Kreuzers „Pascal“ erhalten, wonach der Kreuzer von Tschemulpo abgegangen ist, um den russischen Gesandten Pawloff, die Befehlshaber der Kriegsschiffe „Warjag“ und „Korjetz“ mit 16 Offizieren und 268 Mann der Besatzung sowie 62 andere russische Untertanen in Schanghai an Land zu setzen. Aus dieser Mitteilung kann nur derjenige die Höhe des Verlustes der Russen erkennen, dem die Gesamtzahl der Besatzung der beiden untergegangenen russischen Kriegsschiffe bekannt war. Der Umstand, daß die russische Regierung es nicht wagt, die Höhe der Verluste ihrer Flotte bei Tschemulpo direkt mitzuteilen, ist überaus bezeichnend für die gegenwärtige Stimmung in Rußland.

Am Jalu-Flusse ist nach einer Meldung des russischen Generalquartiermeisters Generalmajor Pflug alles ruhig. Patrouillen melden, daß auf 50 Werst vom Jalu kein Feind in Sicht sei. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus“ verlaute in Tokio gerüchtweise, die Russen hätten die koreanische Grenze überschritten, Dasselbe Bureau meldet noch aus Söul unterm 18. d. M.: 2000 Russen kamen in Wiju, 3000 in Tschulienscheng an. Es wird ein Zusammenstoß in der Provinz Pjongyang erwartet. Nachrichten aus russischer Quelle zufolge sollen in Charbin und in der ganzen Mandschurei alle Japaner verhaftet worden sein, weil man die Anwesenheit von über hundert Spionen entdeckt habe, von denen 60 mit der Nachrichtenabteilung des japanischen Generalstabes in Verbindung standen.

Die russische Regierung hat sich veranlaßt gesehen, zur Bekämpfung der überaus niedergedrückten Stimmung, die alle Kreise des russischen Volkes ergriffen hat, folgende Erklärung zu erlassen: „Acht Tage sind verflossen, seit ganz Rußland von tiefer Entrüstung gegen einen Feind ergriffen worden ist, der die Verhandlungen plötzlich abgebrochen hat und darauf ausging, durch einen verräterischen Angriff einen leichten Erfolg in dem lange gewünschten Kriege zu erringen. Die russische Bevölkerung wünscht mit begreiflicher Ungeduld schleunige Revanche und erwartet mit fieberhafter Spannung Nachrichten vom fernen Osten. Die Einigkeit und die Macht des russischen Volkes beseitigen den Zweifel, daß Japan die verdiente Züchtigung für seine Verräterei erhalten werde und dafür, daß es zum Kriege herausgefordert hat, während unser angebeteter (!!) Herrscher den Frieden unter allen Nationen zu bewahren wünscht. Die Umstände der Feindseligkeiten zwingen uns, mit Geduld die Nachrichten über die Erfolge unserer Truppen abzuwarten, die nicht vor entscheidenden Handlungen seitens des russischen Heeres eintreten können. Die entfernte Lage des angegriffenen Gebietes und der Wunsch des Kaisers, den Frieden zu erhalten, schufen die Unmöglichkeit, Kriegsvorbereitungen von langer Hand im voraus zu treffen. (?) Es wird jetzt vieler Zeit bedürfen, um Japan die Schläge zu versetzen, die der Macht Rußlands würdig sind. Indem Rußland sparsam mit dem Blute seiner Kinder umgeht bei dem Bestreben, der Nation, die den Kampf in anmaßender Weise herausgefordert hat, die verdiente Züchtigung zu erteilen, muß es die Ereignisse mit Geduld abwarten, in der Gewißheit, daß unsere Armee die Herausforderung hundertfach rächen wird. Die Operationen zu Lande liegen noch in ferner Zukunft. Wir können nicht bald Nachrichten vom Kriegsschauplatze haben. Unnützes Blutvergießen ist der Größe und Macht Rußlands nicht würdig. Unser Vaterland bekundet so große Eintracht und Opferwilligkeit zum Besten der nationalen Sache, daß jede vom Kriegsschauplatze eintreffende wahre Nachricht sofort der ganzen Nation gehören soll.“ — Diese Proklamation ist charakteristisch in ihrer Resignation und bedeutsam durch das stillschweigende Eingeständnis, daß man von der Flotte nichts mehr zu hoffen wagt. Von der stolzen Marine, die Rußland unter so ungeheuren Kosten sich geschaffen hat, ist gar nicht mehr die Rede; nur vom Landheere erwartet man jetzt das Heil. Die ganze Erklärung der Regierung atmet in jeder Zeile den Geist jener zu trauriger Berühmtheit gelangten Proklamation, die der preußische Minister Graf Schulenburg nach der Niederlage von Jena erließ, und in der es hieß: „Der König hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht!“

Wilhelm II. hat den Kaiser von Rußland und die Kaiserin von Japan davon in Kenntnis gesetzt, daß die deutschen Lazarette in Tsingtau und Yokohama für Kriegsverwundete zur Verfügung stehen.

Rußland hat seine Absicht, sich an der Weltausstellung in St. Louis zu beteiligen, aufgegeben. Der japanische Vertreter hat sofort gebeten, daß der Rußland zugebilligte Raum noch als Zusatzraum für die japanische Ausstellung bewilligt werde.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“

Berlin, den 18. Februar 1904.

Postetat.

Der Reichstag führte am Donnerstag die allgemeine Debatte über den Postetat weiter. Es zeigte sich, daß unter den bürgerlichen Parteien ein wahres Wettlaufen um die Gunst der Postunterbeamten im Gange ist, das selbst die Konservativen und die Reichsparteiler, für die die Abgg. Dr. Droescher und Dr. Stockmann sprachen, nach Kräften mitmachen. Das ist auch eine indirekte Wirkung der Sozialdemokratie. Wären wir nicht da, und gäbe nicht das geheime Wahlrecht den unteren Beamten die Möglichkeit, an einem Tage freie Männer zu sein, kein Hahn würde nach ihnen krähen, wie traurig es ihnen auch ginge. Darnach ist die mehr oder minder große Begeisterung abzuschätzen, die gestern das Zentrum, heute die Konservativen, die Antisemiten und die Liberalen für eine Erhöhung der Gehälter der unteren Beamten, für eine besondere Bezahlung der Nachtdienststunden, für eine Einschränkung ihrer Sonntagsarbeit an den Tag legten. Auf Herrn Kraetke machte diese Einmütigkeit der Parteien freilich keinen sonderlichen Eindruck. Der Chef der Postverwaltung muß hohe Ueberschüsse herauswirtschaften, und so setzt er jeder Anregung auf Gehaltsverbesserung sein Nein entgegen. Jede selbständige Regung der Unterbeamten ist ihm unbequem, und so schränkt er ihr Vereinsrecht ein und geht mit Maßregelungen gegen jeden Beamten vor, der verdächtige Versammlungen besucht, obwohl ihm die Kurzsichtigkeit dieser Politik recht deutlich nachgewiesen wurde. Sein Fiskalismus wahrt sich auch gegen die Wünsche der höheren Beamten, für die heute verschiedene Fürsprecher eintraten. — Von unserer Seite sprach heute niemand. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

36. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Krätke.

Die zweite Beratung des Postetats wird beim Titel „Staatssekretär“ fortgesetzt.

Dazu liegen vor zwei Resolutionen des Zentrums (Dienstzeitsstatistik, Ausdehnung der Sonntagsruhe auf katholische Feiertage in katholischen Gegenden) und eine Resolution der Freisinnigen Volkspartei auf Vorlegung einer jährlichen Uebersicht über die Krankheits- und Todesursachen der Postbeamten.

Dr. Dröscher (K.): Die meisten Wünsche der unteren und mittleren Postbeamten sind erfüllt, ja, es ist vielfach mehr geschehen, als die Beamten erwarteten. Was noch erfüllt werden muß, ist die Forderung auf gleichmäßige Bemessung des Erholungsurlaubs, auf strenge Durchführung der Dienststundenpläne, auf Entschädigung für Nachtdienst, auf Einschränkung des Schreibwerks, auf offene Führung der Personalakten, auf Herabminderung des Sonntagsdienstes durch Erhöhung der Gebühren für die Sonntagsbestellung und durch Beseitigung der Drucksachenbestellung mit Ausnahme der Zeitungen. Redner tritt weiter für Berücksichtigung der Wünsche der höheren Beamten ein und verlangt, daß die Postverwaltung bei den ortsansässigen Meistern und den Handwerkergenossenschaften arbeiten läßt. (Bravo! rechts.)

Eickhoff (FVp.): Meine vorjährige optimistische Erwartung auf hohe Ueberschüsse aus der Post ist durch die Wirklichkeit noch übertroffen worden. Hoffentlich macht der Krieg im fernen Osten jetzt keinen Strich durch die Rechnung. Angesichts dieses günstigen Etats muß die Verkehrs- und Personalreform kräftig weitergeführt werden. Wie steht es mit der deutsch-niederländischen und der deutsch-schweizerischen Postunion? Wir werden den Antrag auf Portofreiheit für Postsendungen der Soldaten in die Heimat unterstützen. Kaufmännische Kreise haben sich darüber beschwert, daß zu Weihnachten und Ostern verboten worden ist, mehrere Pakete mit einer Paketadresse zu befördern. Ueberhaupt ist eine Beschleunigung der Paketbeförderung erwünscht. Es müßte ein Apparat geschaffen werden, durch den die Pakete auf einmal in die Züge gelangen können. Der von anderer Seite angeregten anderweitigen Abstufung der Fernsprechgebühren schließe ich mich an. Die höheren Beamten sind jetzt durchschnittlich um 1100 Mk. jährlich schlechter gestellt, als im Jahre 1882. Die Erfüllung der von ihnen in einer Denkschrift dargelegten Wünsche würde nur die verschwindend geringe Summe von 940 000 Mark beanspruchen. Die Zulagen an die Beamten sollen nicht nach politischer Gunst verteilt werden. Das erinnert an das Bismarcksche Wort von „Zuckerbrot und Peitsche“. Unsere Resolution auf Vorlegung einer jährlichen Statistik über die Krankheits- und Todesursachen der Beamten kann ich nur empfehlen. Der Prozentsatz von Lungenleidenden ist namentlich bei den Unterbeamten sehr hoch; die Post darf nicht die Vermittlerin der Ansteckung von Krankheiten sein. Bei den übrigen Punkten kann ich mich dem Abg. Singer anschließen. Die Erklärung des Staatssekretärs über die Koalitionsfreiheit der Postbeamten hat auch mich nicht befriedigt. Ich halte es für unrecht, daß die Beamten die ihnen verliehenen Schnüre selbst bezahlen müssen. Auch der Wohnungsgeldzuschuß muß erhöht werden. Die Unterbeamten haben heute eine überlange Dienstzeit, in Berlin bis 70 Stunden wöchentlich. Möge sich die Postverwaltung nicht durch Fiskalismus und Bureaukratismus von Reformen auf dem Verkehrs- und Personalgebiet abhalten lassen. (Bravo! links.)

Staatssekretär Kraetke bestreitet, daß bei den höheren Postbeamten eine wirkliche Notlage bestehe.

Fürst Radziwill (Pole) wendet sich gegen die Ostmarkenzulage der Postbeamten. Sprache und Sitten der Polen darf nicht unterdrückt werden. Wir stehen dieser Politik mit der Ruhe gegenüber, die aus dem Bewußtsein der inneren Kraft unseres Volkes hervorgeht. Noch jetzt versucht man durch Gesetzentwürfe, die dem Abgeordnetenhaus zugegangen sind, die wirtschaftliche Lage des polnischen Volkes zu untergraben . . . .

Vizepräsident Graf Stolberg: Die Gesetzentwürfe, die dem Abgeordnetenhause zugegangen sind, haben mit dem Postetat nichts zu thun. (Abg. Singer ruft: Ostmarkenzulagen im Postetat!)

Fürst Radziwill (fortfahrend): Wir protestieren auch gegen die Nichtbestellung von Briefen mit polnischen Adressen. Wir wären Verräter an unserm Volksbewußtsein, wenn wir auf den Gebrauch unserer Muttersprache verzichten wollten. (Bravo! b. d. Polen.)

Schrader (FVg.): Im allgemeinen können wir mit unserer Post wohl zufrieden sein. Aber die Klagen der Beamten über zu geringes Einkommen werden nicht ohne Grund erhoben, da von Jahr zu Jahr die Ansprüche an die Lebenshaltung größer werden. Manche Beschwerden würden sich beseitigen lassen, wenn eine engere Fühlung zwischen Vorgesetzten und Untergebenen bestände. Das ist leicht möglich; der Herr Staatssekretär hat ja wie jeder Postassistent selbst am Schalter gesessen (Staatssekretär Kraetke nickt), und so ist es mit fast allen höheren Beamten. Sie haben also Verständnis für die Lage ihrer Untergebenen. — Die Beamten haben zwar kein Koalitionsrecht zu beanspruchen wohl aber freies Vereins- und Versammlungsrecht. Versammlungsverbote sind höchst bedenklich. Herr v. Gerlach ist zu seiner Hamburger Rede selbst von den Unterbeamten aufgefordert worden. Ein Postunterbeamtenverein über ganz Deutschland würde nur segensreich wirken. (Lebhafter Beifall links.)

Dr. Böckler (Ant.): In den Kreisen der Postunterbeamten ist in der Tat die Sympathie für die Sozialdemokratie gestiegen. Deshalb sollte man es begrüßen, wenn königstreue Leute sich der Interessen der Postunterbeamten annehmen. Aber auch in unsere Versammlungen werden Aufpasser geschickt, und Maßregelungen folgen. Das muß Erbitterung hervorrufen. Redner tritt für die materielle Besserstellung der Beamten ein und verlangt, daß mit dem warenhäuslerischen System der Anstellung weiblicher Kräfte gebrochen wird, worunter auch die Sittlichkeit leidet, weil weniger Ehen geschlossen werden, wenn weniger männliche Beamte angestellt werden. Leider bevorzugt die Postbehörde bei der Bestellung von Uniformen die gemeingefährlichen Institute der Warenhäuser (Lachen links). Redner tritt für Bewilligung von unwiderruflichen Ostmarkenzulagen ein. Noch mehr Schwierigkeiten als die Polen machen die Juden der Post. (Große Heiterkeit.) Grade im Osten haben wir zahlreiche unbescheidene und überempfindliche Hebräer (Lachen links), gradezu halbasiatische Elemente. (Große Heiterkeit.)

Dr. Stockmann (RP.) hält es für nötig, daß die Gehälter, namentlich der Postunterbeamten, aufgebessert werden und daß ihnen mehr Sonntagsruhe gewährt wird. Redner äußert Bedenken gegen die Zentrums-Resolution.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. Jaunez (Lothringer), Hug (Z.) und v. Treuenfels (K.) wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Schluß 5½ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Kaisertelegramm nach Metz. In der Budgetkommission des Reichstages kam am Donnerstag das bekannte Telegramm des Kaisers über die Metzer Wasserversorgung zur Sprache. Dabei kam es zu lebhaften Zwischenfällen, da einzelne Redner scharfe Kritik sowohl an dem Telegramm selbst als auch an dem auf allen Gebieten des öffentlichen und geistigen Lebens hervortretenden persönlichen Regiment übten, was den konservativen Mitgliedern der Kommission und den anwesenden Generälen wider den Strich ging. Gröber (Z) wies nach, daß das Telegramm Wilhelms II. sich auf falsche Informationen gestützt habe. Ledebour (SD.) bemerkte, diese Explosion des persönlichen Regiments habe allgemeines Befremden erregt. Wenn die Militärverwaltung auch guten Grund gehabt hätte, die Zustände in Metz zu ändern, so sei doch das Eingreifen einer bestimmten Person ganz unangebracht gewesen. v. Staudy (K.) wandte sich in scharfen Worten gegen Ledebour. Dieser habe die „heiligsten Gefühle" der Mehrheit der Kommission aufs gröblichste verletzt. Ein hoher Standpunkt heische auch hohe Sorgen. Die Person des Kaisers dürfe nicht in die Debatte gezogen werden. Vorsitzender Dr. Stockmann unterbricht den Redner und weist den Angriff auf seine Geschäftsführung zurück. Nachdem die Präsidenten des Hauses eine Erörterung persönlicher Kundgebungen des Kaisers zugelassen, könnten die Vorsitzenden der Kommissionen auch nicht anders verfahren. v. Staudy (fortfahrend) bemerkt: Wenn jemand sich unterfange, die „heiligsten Gefühle" anderer so zu verletzen wie Ledebour, so sei das eine Dreistigkeit, die nicht zulässig sei. Auch General Gallwitz glaubte sich präsidiale Befugnisse anmaßen zu dürfen, indem er bemerkte, es sei fraglich, ob die Kommission recht tue, bei der Beratung des Etats der Heeresverwaltung, die an der Depesche nicht beteiligt gewesen sei, die Depesche zu diskutieren. Vors. Dr. Stockmann (Kons.) ersuchte, die Bestimmung darüber ihm als Vorsitzenden zu überlassen. Ledebour (SD.) antwortete dem Abg. v. Staudy, wenn der Kaiser persönlich in öffentliche Angelegenheiten eingreife, müsse er sich auch eine entsprechende Kritik im Reichstage gewärtigen. Daß er in der Form seine Kritik so eingerichtet habe, daß sie nicht zu beanstanden gewesen sei, habe ihm der Vorsitzende dadurch zugestanden, daß er seine Ausführungen nicht behindert hätte. Es sprachen noch Dr. Arendt (Rp.) und Generalleutnant Gallwitz, der erklärte, ohne Ermächtigung des Kriegsministers eine Protokollierung seiner Mitteilungen nicht in Aussicht stellen zu können. Damit war der Zwischenfall beendigt und der Titel 97, der zur Debatte Anlaß gegeben, wurde schließlich bewilligt, ebenso mehrere andere Titel.

In der Kommission des Reichstags zur Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Kaufmannsgerichte wies Donnerstag Staatssekretär Graf Posadowsky nachdrücklich darauf hin, daß die verbündeten Regierungen der Beteiligung des aktiven Wahlrechts an Frauen ablehnend gegenüberstehen, daß die Aufnahme einer solcher Bestimmung das Scheitern des Gesetzes zur Folge haben würde. Nach einer langen Diskussion wurde aber trotzdem das aktive Wahlrecht der Frauen mit sehr großer Majorität (der Zentrumsabg. Frhr. v. Wendt stimmte dagegen und die beiden konservativen Mitglieder der Kommission enthielten sich der Stimme) angenommen; ebenso wurde die Herabsetzung der Altersgrenze auf 21 Jahre angenommen.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschloß Donnerstag die Wahl des Abg. Mettien (NL. 3. Schleswig) für gültig zu erklären. Ebenso wurde beschlossen, die Wahl des Abg. Hue (Soz., 5. Arnsberg), für gültig zu erklären. Indes wird noch eine Erörterung im Plenum über die Frage stattfinden, ob, wenn in die auf acht Tage festgesetzte Frist für die Auflegung der Listen Feiertage fallen, die Auflegung der Listen um die Zahl der Feiertage verlängert werden muß.

Das Fiasko der badischen Wahlrechtsreform. Aus Karlsruhe wird gemeldet: Nach einer offiziellen Mitteilung der Verfassungskommission der Zweiten Kammer hat der Minister des Innern erklärt, eine Verfassungsrevision mit Einführung des direkten Wahlrechts werde von der Regierung nur unter Erweiterung des Budgetrechts der Ersten Kammer durchgeführt werden. Bei Ablehnung dieses notwendigen Gegengewichts werde für die Regierung die Frage der Verfassungsrevision wohl auf Jahre erledigt sein. — Daß der badische Liberalismus längst der Vergangenheit angehört, ist eine durch nichts zu erschütternde Tatsache; die leitenden Männer der badischen Politik sehen ihr Ideal nur noch ausschließlich in dem preußischen Hort der Reaktion.

Ein harmonisches Verhältnis scheint zwischen der Polizei und der Sozialdemokratie in Celle, Provinz Hannover, zu bestehen. Die dortige Polizeibehörde verfügte nämlich — ein in Deutschland wohl noch nicht dagewesener Fall — den sozialdemokratischen Verein mit Schreiben. Hier der Bericht:

Polizeiverwaltung Celle, 9. Februar 04.
Celle.

Anbei übersende ich 10 Exemplare der Reden des Herrn Reichskanzlers zur gefälligen Benutzung.

J. V.:
Lange, Polizeisekretär.

An den Vorsitzenden des
Sozialdem. Vereins
z. H. des Arbeiters
Herrn E. Kippen
hierselbst.

Die Zustände bei unsern dortigen Parteigenossen hätten wir sehen mögen!

Ein Jahr Gefängnis verhängte die Strafkammer zu Schweidnitz (Schlesien) über einen Parteigenossen den Tischlermeister Hermann Maiwald aus Sorgau. Ursache: Majestätsbeleidigung! Welcher Art sie gewesen, konnte unser Breslauer Parteiorgan nicht feststellen, da die Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand. Die Aeußerung wird aber nur im privaten Kreise gefallen sein, da Maiwald in Versammlungen nicht auftrat. Er ist augenscheinlich einer Denunziation zum Opfer gefallen.

Zu einem gewaltigen Protest gegen den Knutenkurs im Deutschen Reiche kam es am Montag in Königsberg in einer Volksversammlung, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Haase über „Russische Spitzel in Deutschland" referierte. In einer glänzenden Rede brandmarkte Redner den Russenkurs und ging ausführlich auf die Königsberger Geheimbündelei, Hochverrats- und Zarenbeleidigungs-Affaire ein. Am Schlusse des Vortrages wurde unter lautem Beifall eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen.

Vom Aufstande der Hereros. Gouverneur Leutwein telegraphiert noch im Anschluß an seine bereits gestern von uns wiedergegebene Meldung, daß am 11. Februar in dem Gefecht bei Seeis der Seesoldat Mahnke aus Tesge a. Elbe, Schneider aus Walden in Obpf. und Lutter v. Möller aus Brackwede i. Westf. gefallen sind. Schwer verwundet ist Hange aus Oeddorf (Kreis Pyrmont), leicht verwundet der Gefreite Arndt aus Elbing i. Westpr. Nach einem weiteren Telegramm des Gouverneurs Leutwein sollen Privatnachrichten aus Grootfontein zufolge die Reiter Colberg und Willner ermordet sein und Ansiedler v. Hartmann, dessen Vater als Konsul in Hamburg leben soll, Gottfried Hütte, Walther Zipplit aus Rostock und Biepho vermißt werden. Etwa am 18. Januar habe bei Grootfontein ein Gefecht unter Oberleutnant Volkmann stattgefunden, bei welchem der Unteroffizier Stabler gefallen und die Kriegsfreiwilligen, Maurer Halberstadt, Tischler Ritzsche und Hartschmindel aus Mittweida und ein Bur verwundet worden seien. Vom Feind seien der Führer und 23 Mann gefallen. Die stark besetzte Station Grootfontein sei außer Gefahr. — Der jüngst nach Deutsch-Südwestafrika entsandte Reichskommissar, frühere nationalsoziale Schriftsteller Dr. Paul Rohrbach, von dem seit Ausbruch des Aufstandes jede Nachricht fehlte, hat endlich ein Lebenszeichen von sich gegeben. Er telegraphierte an seine in Schöneberg wohnende Gattin aus Grootfontein: „Gesund. Unbesorgt. Grootfontein stark besetzt." Grootfontein liegt im Gebiete der Bergdamara, im nordöstlichen Teile des Schutzgebietes, etwa 70 Kilometer östlich von Otjimbingwe.

Kleine politische Nachrichten. Eine Eingabe des Deutschen Handelstages an den Bundesrat ersucht um eine Gesetzesvorlage, wonach Forderungsklagen aus Warenlieferungen als Gerichtsferiensachen bezeichnet werden sollen. — Der Oberleutnant der Schutztruppe v. Müller wurde vom Kriegsgericht der 1. Garde-Division wegen schwerer Urkundenfälschung zu einem Jahre Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt, bei sofortiger Verhaftung. Der Verurteilte, der früher ein Vermögen von 100 000 Mk. besaß, beteuerte seine Unschuld und hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Ein von dem Verurteilten vor seiner Abreise nach Afrika für eine Schuld von 9000 Mark bei einem Bankhause in Bremen hinterlegter Bürgschaftsschein trug zwei gefälschte Unterschriften. Der Bürgschaftsschein ist von einem Onkel des Verurteilten, Generalleutnant von Müller, eingelöst worden. — Die mazedonischen Komitees sind entschlossen, bis Mitte April eine ruhig abwartende Stellung einzunehmen, da bis dahin die Wirkungen der Reformation sichtbar sein müßten. — Die koreanische Regierung erklärte Wijn offen für den Welthandel.

Rußland.

Glückliche Flucht. Dem Genossen Czerniawski gelang es, aus dem Jenissei-Gouvernement in Sibirien zu entfliehen. C. wurde wegen politischer Umtriebe im Septbr. 1902 verhaftet, saß gegen 10 Monate im X. Pavillon (der zur Aufnahme der politischen Gefangenen bestimmte Flügel der Warschauer Zitadelle) und wurde hierauf nach Sibirien verschickt, um dort sein Urteil abzuwarten. Das Urteil traf ein und lautete auf vier Jahre Ostsibirien; der Vollstreckung hat sich C. durch die Flucht zu entziehen gewußt.

Oesterreich-Ungarn.

Ein militärisches Bluturteil. Die Gärung unter den zurückbehaltenen ausgedienten Soldaten sucht man durch drakonische Urteile zu ersticken. So verurteilte, wie jetzt bekannt wird, das Kriegsgericht wegen der Revolte in Bilek 8 Soldaten wegen Aufruhrs und schwerer Insubordination zu Kerker von acht Monaten bis drei Jahren und 4 Soldaten wegen Aufruhrs zu zwei bis drei Monaten verschärften Garnisonsarrest. Trotzdem ereignen sich fast täglich in anderen Garnisonen Soldatenmutereien. So wird aus Lemberg berichtet, daß vor einigen Tagen in der Kaserne des Husarenregiments Nr. 12 vier Unteroffiziere und 16 Husaren, die alle einer Eskadron angehören, solange den Dienst zu verweigern erklärten, bis sie wüßten, wann die Ueberführung in die Reserve stattfinden werde. Die rebellierten Soldaten wurden sofort verhaftet und dem Garnisonsgericht übergeben. Das Regimentskommando wendete sich an das Kriegsministerium um Instruktion in dieser Angelegenheit.

Belgien.

Folgen des Krieges in Ostasien. Die belgischen Glashütten beabsichtigen, wie man dem „Hann. Cour." aus Brüssel drahtet, eine gemeinsame Schließung der Betriebe am 1. März, da Japan und China infolge des Krieges sämtliche Aufträge, die einen Wert von mehreren Millionen repräsentieren, zurückgezogen, wodurch die minderwertige Ware, gleich der besten Produktion, unverkäuflich wird. Die Arbeiterunion will angeblich die Fabriken teilweise zur Weiterführung des Betriebes ankaufen.

England.

Gesetzliche Minimallöhne. Sir Charles Dilke hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Einsetzung von paritätischen Lohn-Boards vorsieht. Es soll dem Minister des Innern überlassen bleiben, zu bestimmen, in welchen Gewerben derartige, aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzte und durch einen vom Minister ernannten unparteiischen Vorsitzenden ergänzte Lohnkommissionen in Wirksamkeit zu treten haben. Vor allem sollen diejenigen Gewerbe, in denen das Schwitzsystem gebräuchlich ist, eine solche Lohnkommission erhalten. Vorgeschlagen wird, den Fabrikinspektoren das Recht zu verleihen, die von den Kommissionen festgesetzten Lohnsätze zu erzwingen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 18. Februar.

Die Vorschläge der Steuererfindungskommission sind von uns bereits einer Besprechung, soweit uns das Material vorlag, unterzogen worden. Leider waren wir dabei nicht in der Lage, auf die einzelnen Positionen näher einzugehen, weil uns diese nicht bekannt waren. Das sei nun in nachstehenden Zeilen in aller Kürze nachgeholt.

Die in Aussicht genommene Erhöhung des Gebührentarifs des Katasteramts gipfelt darin, daß die Fortschreibungsgebühren, deren Höchstsatz bisher 3 Mk. betrug, auf 2 Prozent des amtlich festgestellten Nutzungswerts bebauter Grundstücke und auf den gleichen Prozentsatz des Reinertrages sonstiger Liegenschaften gesteigert werden sollen. Da der Wert der jetzt alljährlich zur Fortschreibung gelangenden Grundstücke etwa 20 000 000 Mk. mit einem Reinertrage oder Nutzungswert von 1 100 000 Mk. beträgt, so würde der bei Festsetzung der Gebühr auf 2 Prozent zu erwartende Mehrertrag auf etwa 20 000 Mark zu schätzen sein. Ferner schlägt die Kommission vor, die Gebührensätze für Feldarbeiten um 3 Mk. und für häusliche Arbeiten um 2,50 Mk. zu erhöhen. Außerdem sollen für Kartenauszüge feste Tarifsätze eingeführt werden. Die hieraus zu erzielende Mehreinnahme wird auf 6000 Mk. geschätzt. — Wir können hier nur unsere bereits geäußerte Ansicht wiederholt vertreten, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, wenn man die kleineren Gebäude von einer Erhöhung der Fortschreibungsgebühren verschont hätte. Gerade bei diesen wird sich die sonst ganz gerechtfertigte Erhöhung sehr fühlbar machen.

Die Erhöhung der Einnahmen aus dem Schulgeld höherer Lehranstalten, die unsere volle Billigung findet, erstreckt sich auf eine Gleichstellung der Sätze des Realgymnasiums mit denen des Katharineums. Der Mehrertrag wird hier auf 3360 Mk. geschätzt. Ferner sollen die Schulgeldsätze für die Ernestinenschule nicht unwesentlich erhöht werden, sodaß sich hieraus ein Mehrbetrag von 16 100 Mk. ergeben würde. Von einer Erhöhung der Sätze der Sätze des Katharineums hat man Abstand genommen, weil diese erst 1901 erhöht worden sind und Lübeck hiermit in die Reihe der teuersten Städte gerückt ist. Dennoch aber bleibt bekanntlich die Tatsache bestehen, daß der Staatszuschuß für das Katharineum pro Kopf der Schüler der höchste ist.

Der Erhöhung der Hundesteuer von 10 auf 15 Mark ist unsererseits bereits Erwähnung getan. Diese 8000 Mark betragende Erhöhung soll sich jedoch nur auf die Stadt erstrecken. — Desgleichen haben wir bereits die Erhöhung der Gebühr für die Ausstellung der Jagdkarten von 6 auf 15 Mk. mit einem Mehrertrage von 4000 Mk. und unsern Standpunkt hierzu erörtert. — Durch eine Erhöhung der von den Lagerplätzen am Kanalhafen zu erhebenden Mieten von 40 auf 60 Pf. pro Qum. verspricht man sich eine Mehreinnahme von 4000 Mk.

Aus der in Vorschlag gebrachten Abführung der Hälfte der Radfahrsteuer an die Staatskasse hofft man dem Staatssäckel 15 000 Mk. zuschanzen, und aus der sehr zweckdienlichen Einführung einer jährlichen Abgabe für Luxuswagen (20 Mk.), Kraftfahrräder (12 Mk.) und Luxuskraftwagen (40 Mark), glaubt man 3600 Mk. erzielen zu können. — Der erstere Vorschlag gibt, wie schon betont, zu mancherlei Bedenken Anlaß und sollte erst einer genauen Prüfung unterzogen werden, ehe derselbe angenommen wird.

Eine Erhöhung des Gebührentarifs des Schlachthauses um etwa 50 Proz. (die Eintriebsgebühren und die für die Untersuchung von eingebrachtem Fleisch nicht mit eingerechnet) würde nach Ansicht der Kommission 30 000 Mk. erbringen können. Im Gegensatz zu der Meinung der Kommission, daß diese Erhöhung ohne weitere Bedenken erfolgen könne, betonen wir, daß diesem Vorschlage unseres Erachtens nach unter keinen Umständen entsprochen werden darf. Wie wir schon näher darlegten, besteht hier ein Rat- und Bürgerschluß, nach welchem an Schlachthofgebühren nicht mehr erhoben werden darf, als zur Deckung der Betriebskosten und zur Amortisation und Verzinsung des Anlagekapitals erforderlich ist. Schon aus diesem Grunde ist der Vorschlag zu verwerfen. Dann aber kommt noch hinzu, daß die Erhöhung der Gebühren trotz ihrer Geringfügigkeit schließlich doch dem kleinen Manne zur Last fallen wird. Aus diesen beiden Gründen sind wir entschiedene Gegner dieses Vorschlages.

Ebenso entschieden wenden wir uns gegen den bereits erwähnten Vorschlag auf Erhöhung des Gebührentarifes des Polizeiamtes. Hier will man durch Erhöhung der Gebühren für die Ausstellung von Legitimationspapieren 2c., also auf Kosten der heute schon schwer um ihre Existenz ringenden kleinen Gewerbetreibenden, 5400 Mk. herausschlagen. Eine solche Schröpfung kann nicht scharf genug bekämpft werden. Hoffentlich folgt die Bürgerschaft, bei der wir allerdings auch nicht viel soziales Verständnis voraussetzen, diesem Vorschlage der Kommission nicht.

In der Hauptsache hat man es bei dieser Steuer„reform" auf die Gast- und Schankwirtschaften und den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus abgesehen. Diese sollen und können nach Meinung der Kommission bluten. Geplant ist hier eine Klasseneinteilung. Die erste Klasse soll jährlich eine Gewerbesteuer von 30 Mk., die zweite eine solche von 60 Mk., die dritte von 100 Mk. und die vierte von 300 Mk. dem unersättlichen Staatssäckel zum Opfer bringen. Die Klasseneinteilung erfolgt von einer Kommission, gebildet aus dem Dirigenten des Polizeiamtes oder dessen Stellvertreter und vier bürgerlichen Deputierten. Diese „Reform" soll eine Summe von 13 500 Mark mehr bringen. — Der Leidenskelch der „Kröger" ist hiermit jedoch noch nicht geleert. Hand in Hand mit dieser Erhöhung der Gewerbesteuer geht auch eine solche der Gebühr für die Erlaubnisscheine zum Gewerbebetriebe der Gast- und Schankwirtschaften und des Spirituosen-Kleinhandels. Nach den Vorschlägen sollen fortan gezahlt werden: für Gastwirtschaften in der 1. Gewerbesteuerklasse 50 Mk., in der 2. 100 Mk., in der 3. 150 Mk. und in der 4. 200 Mk.; für Schankwirtschaften 40, 80, 120 resp. 160 Mk. und für Spirituosen-Kleinhandel 30, 60, 90 und 120 Mk. Im Landgebiet, mit Ausnahme von Travemünde, Schlutup und Israelsdorf, soll „nur" die Hälfte entrichtet werden. Der Zweck der Kommission ist offensichtlich der gewesen, den kleinen „Krögern" ordentlich auf den Pelz zu rücken. Auf diese Weise will man jedenfalls dokumentieren, wie behördlicher- und staatlicherseits der Mittelstand gerettet werden soll. Wie man die Entstehung des Mittelstandes fördern will, das beweist der Plan, die vorstehenden Gebührensätze bei Erteilung der Erlaub-

nis zum Betriebe der Gastwirtschaft 2c. in einem Hause, in dem ein solcher Betrieb nicht besteht, auf das zehnfache zu erhöhen. Dieser ungeheuerliche Vorschlag spricht gegen sich selbst! — Insgesamt erhofft man hiervon eine Mehreinnahme von 5000 Mk., sodaß also das Gast- und Schankwirtsgewerbe, falls diese Vorschläge Gesetz werden sollten, um 18 500 Mark „erleichtert" werden würde.

Einen Mehrertrag von 2400 Mk. plant man dann dadurch zu erreichen, daß der Höchstsatz der Steuer für den Gewerbebetrieb im Umherziehen von 36 auf 100 Mk. heraufgeschraubt werden soll, während die neueinzuführende Erhebung einer Abgabe von 3 auf 15 Mk. für die Benutzung des öffentlichen Luftraumes durch Schilder, Schaukästen 2c. 7500 Mark erbringen soll.

Von der Erhöhung der Lustbarkeitssteuer, der Einführung einer Billet- und Inseratensteuer wurde Abstand genommen. Das ist wirklich schade! Hätten sich hier doch auch noch gute Gelegenheiten zur indirekten Schröpfung des lübschen Volkes geboten. — Wir müssen uns also mit dem Wenigen „bescheiden", das uns die Kommission bescheeren will, die Kommission, die vor der Besteuerung der Reitpferde und der Luxusböte mit einer heiligen Scheu zurückschreckt!

Die Wege der gemeinsamen Kommission sind wunderbar, sehr wunderbar — — —!

Die Tagesordnung der nächsten Bürgerschaftsversammlung ist noch um folgenden Senatsantrag vermehrt worden: Bewilligung von 56 000 Mk. aus dem Reservefonds der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zur Beschaffung und zum Einbau von Wassermessern.

Der Bürgerausschuß bewilligte in seiner letzten Sitzung der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zur Erweiterung der Feuerlöscheinrichtungen und der Legung eines Gashauptrohres in der Adlerstraße 3310 Mark. — Ein Senatsantrag auf Genehmigung des Generalbudgets der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für 1904, Gewährung eines Zuschusses von 20 000 Mark aus den Mitteln der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten an die Armenanstalt zur teilweisen Deckung ihres 1904 zu gewärtigenden Fehlbetrages und ferner Bewilligung von jährlich 2000 Mark für das Waisenhaus auf fünf Jahre wurden der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen. — Dasselbe Schicksal widerfuhr einem Senatsantrage, die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zu ermächtigen, die Vereinbarungen über die Gaszufuhr an die Gemeinden Schwartau und Travemünde ohne jedesmalige Einholung der Zustimmung von Senat und Bürgerschaft abzuschließen. Ein Vertrag auf Abtretung von 10 Meter von dem Ehefrau Wollers'schen Grundstück, Fünfhausen 7, an den Staat gegen Zahlung einer Entschädigung von 3000 Mk. fand die Zustimmung des Bürgerausschusses. — Zur Vorprüfung einer Senatsvorlage auf Bewilligung von 46 500 Mark aus dem Reservefonds der Verwaltungsbehörde zur Beschaffung und zum Einbau von Wassermessern war seitens des Bürgerausschusses eine Kommission eingesetzt worden. Diese Kommission empfahl nun, den Betrag auf 56 000 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß empfahl den letzteren Antrag der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung. — Zur Vorprüfung der demnächst zu erwartenden Senatsvorlagen, betreffend den Voranschlag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten und das Staatsbudget für das Rechnungsjahr 1904, wurde eine 7gliedrige Kommission eingesetzt.

Unfallversicherung der Seefischer. Nach einer Bekanntmachung des Senates sind die Grenzen des Gebietes neu festgesetzt worden, innerhalb dessen die Bestimmungen des See-Unfallversicherungsgesetzes auf die Besatzung von Fahrzeugen Anwendung finden sollen, die zur Ausübung der Fischerei auf der Untertrave bestimmt sind. Dieses Gebiet, das sich bisher über die Trave von der See aufwärts bis zu einer Linie von der Südspitze des Priwalls nach Rendswiekerort erstreckte, umfaßt nach der neuen Festsetzung die Trave von der See aufwärts bis zur Herrenbrücke einschließlich der Pötenitzer Wyk, jedoch unter Ausschluß des Dassower Sees. Diese Bekanntmachung hat rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1902 ab.

Reiter Entbehrungslohn. Der Aufsichtsrat der Lübecker Maschinenbaugesellschaft beschloß, neben reichlichen Abschreibungen eine Dividende von **14 Prozent** in Vorschlag zu bringen.

Eine Zugverspätung und deren Folgen. Der Musketier E. vom hiesigen 162. Infanterie-Regiment der sich auf Weihnachtsurlaub in seiner Heimat in Pommern befand, verpaßte am 27. Dezember 1903 den Zug, so daß ihm die Möglichkeit genommen war, rechtzeitig seinen Garnisonort zu erreichen. Nachdem er eine Nacht planlos umhergeirrt war, begab er sich zum Bahnhof und verlangte unter Vorlegung seines Urlaubspasses eine Militärfahrkarte. Der Schalterbeamte erklärte, ihm eine solche Karte nicht verabfolgen zu können, da der Urlaubspaß nicht mehr gültig sei; er könne ihm daher nur eine Karte zum vollen Preise verabfolgen. Da der Soldat diesen Preis zu zahlen nicht in der Lage war, fälschte er seine Urlaubskarte, doch wagte er nicht, davon Gebrauch zu machen, weil die Fälschung nicht besonders geschickt ausgeführt war. Da er nicht aus noch ein wußte, begab er sich zu einem Verwandten, bei dem er nach einigen Tagen verhaftet wurde. Der Soldat wurde wegen unerlaubter Entfernung und Urkundenfälschung angeklagt. Das Kriegsgericht verurteilte ihn nur wegen der ersteren Straftat zu fünf Wochen Mittelarrest, sprach ihn aber von der Anklage der Urkundenfälschung frei, weil angenommen wurde, daß er die Fälschung zum Zwecke einer Täuschung nicht begangen habe. Der Gerichtsherr legte gegen den freisprechenden Teil des Urteils Berufung ein, die vom Oberkriegsgericht verworfen wurde, aber aus anderen Gründen als die der Vorinstanz. Die Urlaubskarte sei keine öffentliche Urkunde, denn in ihr fehlten die vom Gesetze vorgeschriebenen Kriterien, wie z. B. Angaben über Alter und Geburtsort des Inhabers, sowie die Aufforderung an alle Zivil und Militärbehörden, dem Inhaber, wenn nötig, Schutz zu gewähren.

Die hiesigen organisierten Zimmerer ersuchen uns durch ihren Vorstand, mitzuteilen, daß der Zimmerpalier Hermann Dettmann nicht mehr dem Verbande angehört.

Ein Mauereinsturz ereignete sich Donnerstag Nacht infolge des herrschenden Sturmes auf dem Grundstück Schwartauer Allee 41, auf welchem für die Firma Kurt Seydell Hofgebäude errichtet werden.

pb. **Einbruchsdiebstahl.** In verflossener Nacht wurden einem im Balauerfohr, unterhalb der Wahnstraße wohnhaften Höler mittels Eindrückens einer kleinen Fensterscheibe etwa 9 Landmettwürste, ein angeschnittener Holsteinischer Käse und ein Feinbrod zu 25 Pf. gestohlen.

Eutin. Das Betreten des Galgenberges ist Kindern nach einer Bekanntmachung des Magistrats bei Strafe verboten.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Anderthalb Millionen Flugblätter (genau: 1 476 600) sind im Laufe des Jahres 1903 in Hamburg durch die sozialdemokratische Parteiorganisation verbreitet worden. Die Wirkung dieser Art Propaganda hat sich bei den Reichstagswahlen wie bei den Bürgerschaftswahlen gezeigt! Der Mühe wurde ihr Lohn. — Die Kohlenarbeiter Hamburgs erstreben die Festsetzung eines neuen Tarifes für Bunkerleute. — Sämtliche im Transportarbeiter-Verband organisierten Kolporteure der „Hamburger Hausfrau" stehen in einer Lohnbewegung. — Die Malergehilfen in Altona beschlossen, den vom Innungsausschuß akzeptierten Hamburger Tarif anzuerkennen, weil er immerhin ein kleiner Vorteil für sie bedeute. — Ein Konflikt der Zimmerer in Bant mit der Baufirma Boswan u. Knauer ist zur Zufriedenheit der Zimmerer beigelegt worden. Es hatten 52 Zimmerer die Arbeit niedergelegt. Der Streitpunkt lag darin, daß bei der Betonierung der Häuser anfänglich eine Anzahl Zimmerer mit der Herstellung von Betonkästen beschäftigt waren, welch letztere aber nach und nach durch andere Berufsangehörige hergestellt wurden, womit die Zimmerer nicht einverstanden waren.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Hamburg gelang es ein Mitglied der Bremer Falschmünzerbande festzunehmen. Der Verhaftete, Goldborn ist sein Name, ist in Lübeck wegen Mordversuchs mit 3 Monaten Gefängnis vorbestraft. — Aus Hamburg wird vom Donnerstag gemeldet: Ein starker Südweststurm wütet hier und auf der Nordsee. Der Schiffsverkehr ist empfindlich gestört. Der von hier nach Ostafrika abgegangene Dampfer „Tigris" wurde leck. — Infolge des Weststurmes ist gestern in der Nähe von Glückstadt das in Hamburg beheimatete Schiff „Christine" gesunken. Die aus drei Mann bestehende Besatzung ist gerettet. Das Fahrzeug gilt als verloren. — Der Flensburger Dampfer „Deuteros", Kapt. Franke, ist auf den Paracel-Inseln verloren gegangen. Die Mannschaft ist gerettet und in Saigon gelandet worden. — Weil er sich an seinem Dienstjungen unsittlich vergangen hatte, wurde ein Landmann aus Holtorf von der Kieler Strafkammer zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Der Dienstjunge erhielt 1 Woche Gefängnis, doch will das Gericht sich für Erlaß der Strafe verwenden.

Hamburg. Die Rache der Straßenbahn-Gesellschaft. Als die Bürgerschaft am Abend des 3. Februar unter dem — zur Zeit der Wahlen besonders fühlbahren — Drucke der öffentlichen Meinung durch den Beschluß, daß die Vorortsbahn durch den Staat gebaut werden und bei dem ganzen Vorortsbahnprojekt die jetzige Konzession der Straßenbahn außer Betracht bleiben soll, für die hiesige Straßenbahn-Gesellschaft die heiß verteidigte Aussicht auf einen ungeheuren Rebbach zum Teil vernichtete, konnte man sicher sein, daß die Straßenbahn sich dafür am Publikum rächen würde. Und man täuschte sich nicht. Sie rächte sich. Und ihre Rache traf zuerst die Schulkinder. Am zweiten Tage nach jenem Beschluß wurden plötzlich die Schulkinder auf zwei Linien trotz des strömenden Regens mitten auf der Strecke aus dem Wagen gewiesen, weil ihre Abonnements-Karten, die jahrelang für die ganze Strecke Gültigkeit hatten, jetzt plötzlich nicht mehr für die ganze Strecke gelten sollten. Seit dem 4. Februar hat man die Linien plötzlich in drei Teilstrecken für die Schulkinder-Abonnements eingeteilt, und ohne den Abonnenten durch Zuschrift oder auch nur durch Inserat in den Zeitungen Mitteilung davon zu machen, führt die Gesellschaft diese plötzliche Maßnahme in so rigoroser Weise durch. Rache soll zwar süß sein; ob sie hier aber gegenüber sechs- bis siebenjährigen Kindern am Platze war, das überlassen wir dem Urteil unserer Leser!

Bremen. Gebietsabtretungen zwischen Bremen und Preußen. Der Bremer Bürgerschaft ging vom Senat ein Vertrag zwischen Bremen und Preußen bezüglich einer Gebietsabtretung zu. Preußen tritt in Bremerhaven ein Gebiet von rund 610 Hektar zwecks Hafenerweiterung ab. Bremen zahlt dagegen eine Million und tritt ein gleich großes Gebiet an der Wümme an Preußen ab.

Letzte Nachrichten.

Merseburg. Im Streit erschlagen. Der zwölfjährige Sohn eines Bierfahrers erschlug bei einer Neckerei den zehnjährigen Sohn des Photographen Herrfurth mit einem Knüppel.

Logis zu vermieten.
Sadowastraße 6, part.

Möblierte Zimmer zu vermieten
für 1 oder 2 Herren.
Kleine Burgstraße 25, 1. Etg.

Logis für 2—3 junge Leute inkl. Kaffee und Brot 2,50 Mk. pro Woche
Fleischhauerstraße 46, part.

Sonntag d. 21. Febr., vorm. 11 Uhr
Auktion
über altes Brennholz
auf dem Lagerplatz v. F. Demuth & Co.
unterhalb der Hundestraße

Herm. Hartog
Abbruch-Lager
Kanalstraße, unterh. der Glockengießerstr.
Verkauf von allen vorkommenden
Abbruch-Materialien.
Tannen und Eichen-Brennholz.
Sonntags von 8—9 und 11—12 Uhr geöffnet
Fernruf 1598.

Die Lübecker Margarine-Fabrik „Hansa"
J. Schröder & Co.
Rebenhofstraße 7 Telephon Nr. 913
empfiehlt stets frische
Margarine
welche in den meisten Geschäften zu haben ist.

Schweinefleisch	Pfd.	50	Pf.
Rauchstücke	-	60	-
Fett. u. magern Speck	-	60	-
Flohmen	-	60	-
Gek. u. Leberwurst	-	60	-
Ger. Mettwurst	-	80	-
Bestes Schmalz	-	70	-

W. Strohfeldt,
Glockengießerstraße 73
Marktballenstand Nr. 14 und 15

Sozialdemokratischer Verein.

Am Dienstag den 16. d. M. starb unser Mitglied
Fritz Paustian.
Die Beerdigung findet am Sonnabend den 20. Februar, vormittags 11½ Uhr, vom Sterbehause, Lützowstraße 3, aus statt.
Die Genossen werden ersucht, sich zur Teilnahme an der Beerdigung um 10½ Uhr im „Vereinshaus" einzufinden. Abmarsch 10¾ Uhr. — Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Fortsetzung des grossen
Räumungs-Ausverkaufs!
Louis Levy
Klingenberg 5, Ecke Marlesgrube 2 und 4.
3 Extra-Angebote
zu kolossal billigen Preisen, solide Arbeit, tadelloser Sitz.

Konfirmanden-Anzüge	sonst	14	21	27	32 36
	jetzt	8.50	11	16	21 25
Herren-Kammgarn-Anzüge, schwarz	sonst	23	35	42	48
	jetzt	16.50	22	28	35
Herr.-Kamm.- u. Cheviot-Hosen	sonst	4	6	9	13
	jetzt	1.80	2.20	3.50	5.50

Suppenfeet Pfd. 30 u. 60 Pf.
empfiehlt J. Arndt, Krähenstraße 28.

2 Stühle
zu kaufen gesucht. Schützenstraße 24, part.

Pa. best. weiß. Schmalz Pfd. 60 Pf.

Prima dicke Flohmen	per Pfd.	60	Pf.
Schweinefleisch	„ „	50	„
Karbonade	„ „	65	„
Geräucherte Schweinsköpfe	„ „	40	„
Geräuchertes Schweinefleisch	„ „	60	„
Geräucherte Karbonade	„ „	70	„
Geräucherte Mettwurst	„ „	80	„
Gekochte Mettwurst	„ „	60	„
Leberwurst u. ger. Leberwurst	„ „	60	„
Preßwurst u. Braunschw.	„ „	50	„
Prima Kuh-Euter	„ „	50	„
Frisches Kopffleisch	„ „	30	„
Grütz- und Brotwurst	Stück	10	„

Fernspr. 1291. **M. Lahrtz, Böttcherstr.**

Prima Rindfleisch 50 Pfg.
Prima Kalbfleisch 40—50 Pfg.
Fr. Möller, Wakenitzmauer 86.

Jg. fettes Ziegenfleisch Pfd. 30 Pf.
Markthallenstand 35.

Achtung!
Empfehle:
ff. Füllen-Fleisch
u. pa. dicke Flohmen.
Ernst Wulff u. Frau S. Becker
Dankwartsgrube 33. Fischergrube 23.

habe
2 junge fette Pferde
geschlachtet, wovon ich meiner werten Kundschaft schöne
Bratenstücke u. Suppenfleisch
sowie ausnahmsweise dicke Flohmen bestens empfehle.
E. Dieckvoss Ww.
Obertrave 12.

Nur noch kurze Zeit!

Emaille-Eimer, 28 Ctm., . **85** Pfg.
Emaille-Wannen 70, 95, 135 Pfg.
Emaille-Eßteller, tief u. flach, **15** Pfg.
Emaille-Becher, St. **7, 10, 15** Pfg.

Klammern, . **60** Stück nur **13** Pfg.
Wandteller, statt 1 Mk. nur **10, 25** Pf.
ff. Fettseife, statt 8 Pf., jetzt nur **5** Pf.
Kokus-Besen, statt 50 Pf. nur 38 Pf.

Glasteller, . . jetzt 8 Stück **50** Pf.
Butterdosen, . . . jetzt nur **19** Pf.
Kompotschüsseln . . . nur **10** Pf.
Wassergläser . . . . . nur **4** Pf.

Obertassen, echt Porzellan, Stück **6** Pf.
Eierbecher, echt Porz., 10 Stück **50** Pf.
Gemüseschüssel, . . **10, 12, 23** Pf.
Fleisch-Platten 15, 20, 25, 30 Pf.

Riesen-Bazar

33 Breitestrasse 33.

Eingetroffen

sind große Sendungen
in schwarzen und farbigen
Kleiderstoffen
Meter 70, 80, 90, 1.00, 1.20 bis 3.90 Mk.
Haus-Kleiderstoffe
Meter 30, 40, 50, 60, 75 bis 95 Pfg.
in sehr schönen Mustern.
Pique-Unterröcke 1.40 b. 3.60 Mk.
Shirting-Unterröcke 1.00 b. 7.00.
Korsetts
in allen Weiten **50 Pfg. bis 3.60 Mk.**
Konfirmanden-Anzüge
7.50, 8.50, 10.00, 12.00, 15.00 bis 25.00.
Garantie für tadellosen Sitz.
Ausrüstungen
für Lehrlinge jeden Berufes.
Wir geben Rabatt-Marken.
Bahr & Umlandt
Inh.: **Adolf Bahr.**
31 Breitestraße 31.

Bahr & Umlandt
Inh.: **Adolf Bahr**
31 Breitestraße 31
führen bekanntlich prima
Bettfedern
und
Bett-Inletts
Federn Pfd. 45, 60, 75, 100 bis 400 Mk.
prima handfeste Qualitäten.
Inletts Mtr. 38, 50, 60, 75 Pfg. bis 3.60 Mk.
prima jederdichte Qualitäten.
Nähen der Inletts gratis.
Trotz der billigen Preise geben wir noch
Rabattmarken.

Deutscher
Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Sonntag den 20. Febr.
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Die Ortsverwaltung.

Schuhwaren Räumungs-Ausverkauf.

Louis Levy, obere Marlesgrube 4, Ecke Klingenbg.

1 Posten Herren-Schnürschuhe	3,25	Mk.
1 Posten Herren-Zugstiefel	3,75	„
1 Posten Herren-Agraffenstiefel	4,25	„
1 Posten Herren-Schnallenstiefel	6,50	„
1 Posten Damen-Schnürschuhe	2,65	„
1 Posten Damen-Spangenschuhe	2,—	„
1 Posten Damen-Schnürstiefel	3,85	„
1 Posten Damen-Schnürstiefel, gelb,	3,50	„
1 Posten Mädchen-Knopfstiefel, 30—35,	3,50	„
1 Posten Mädchen-Knopfstiefel, gelb u rot, 30—35	3,—	„
1 Posten Knaben-Agraffenstiefel, 24—26	2,25	„
1 Post. Knab.-Agraffenst., 27-30 2,90, 31-35 3,40, 36-39	4,50	„
Herren-Lederpantoffel 2 Mk. Damen-Lederpantoffel	1,40	„

Durch rechtzeitige große Abschlüsse bin ich in der Lage, meinen werten Kunden bei Einkäufen zur

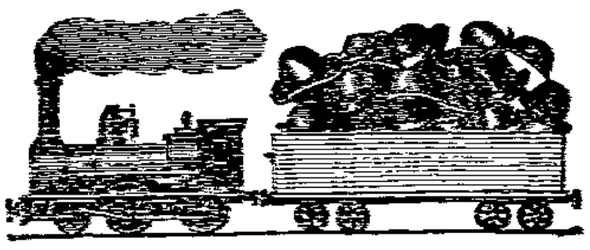
Konfirmation

große Vorteile zu bieten.
In allen Abteilungen bietet mein großes Lager reiche Auswahl.
Empfehle **täglich eingehende Neuheiten in**
schwarzen u. farbig. Kleiderstoffen.
Auf eine Partie in **schwarzen Neuheiten** mache besonders aufmerksam.
Preise sind äußerst billig, Meter von **57** Pfg an bis **3.50** Mk.
Königstraße 91. Harry Dahm Ecke Wahmstr.
Filiale: **Schönkampstrasse 6.**
Trotz billiger Preise gebe grüne Rabattmarken.

Nationalsozialer Verein, Lübeck.
(Ortsgruppe des Wahlvereins der Liberalen)

Oeffentliche Versammlung

Sonnabend den 20. Februar d. Js., abends 9 Uhr,
Konzerthaus Fünfhausen.
Reichstags-Abgeordneter Bergrat **G. Gothein:**
Liberalismus und Sozialismus.
Freie Aussprache. Jedermann willkommen. **Der Vorstand.**



Total-Ausverkauf.

20 bis 50 Prozent Rabatt.
1 Posten Hüte, sonst 3 Mk., jetzt 1 Mk.,
1 Posten Hüte, sonst 3.15 Mk., jetzt 2 Mk.,
1 Posten Haar-Hüte, sonst 7—9 Mk., jetzt 4 Mk.
2000 Regenschirme mit 20 % Rabatt.
Herren-Wäsche u. Kravatten enorm billig!
Trotz der billigen Preise grüne Rabattmarken.
H. Stoppelman
Schirmfabrik, Hutfabrik, Hüxstraße 40.
Laden ist zu vermieten.

Starke Knie- und Halbstiefel
sowie Kinderstiefel und Arbeiterschuhe
empfiehlt billigst
A. Ebel, Kleine Gröpelgrube 14.

Sonnabend den 20. Februar, morgens u. abends in der Markthalle, Std. Nr. 20
Schweinefleisch Pfd. 50 Pf.
Kalbfleisch Pfd. 40 Pfg.
Heinr. Schröder.

Empfehle:
Prima Kalbfleisch,
„ Schweinefleisch
Gehacktes, Karbonade und
Rollfleisch
Alb. Hidde, Reiferstrasse 8
Markthallenstand Nr. 24.

„Harmonie"

Hüxstraße 110.
Freitag d. 19., Sonnabend d. 20. Februar:
Grosses Frei-Konzert.
Anfang 6 Uhr.
Musik ausgeführt von der Kadetten-Kapelle
Eintritt frei. Kein Bieraufschlag.
Seidel 15 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
Ludwig Kock.

Achtung!

„UNIVERSUM"

Hans Erich Kersten
der Blitzdichter und
Willy Schröder
der bewundernswerte Humorist
die zu hören, jetzt Lübecks Wahlspruch ist
L. Puls, Beckergrube 44.

Körner's Restaurant

Kupferschmiedestr. 11.
Sonnabend und Sonntag:
Großes
Bockbier-Fest
4/10 Seidel 15 Pfg.
Bockwurst, Eisbein mit Sauerkraut.
W. Körner.

Norddeutsche Bierhalle

Johannisstrasse 5.
Am Sonntag den 21. Februar:
3. grosses
Bockbier-Fest
mit humorist. Konzert.
Zum Ausschank gelangt ff. Adler-Bock.
Entree frei. Seidel 15 Pfg.
Franz Schultz.

Circus Variété.

Unwiderruflich nur noch 5 Tage
Mlle. Marguerite
die schöne Löwenbraut.
Neu! Neu!
Ein afrikanisches Gastmahl im Löwenzwinger,
dazu 5 neue Attraktionen.
Anfang 8 Uhr.

Stadttheater.

7½ Uhr. Sonnabend den 20. Februar. 7½ Uhr
147. Vorst. 22. Sonnabends-Abonnem.
1. Wiederauftreten des Herrn Gogl.
Oberon.
4 Uhr. Sonntag den 21. Februar. 4 Uhr.
Der Rastelbinder.
(Der Mausefallenhändler.)
Abends 7½ Uhr.
Goldfische.
Mit Gesangseinlagen d. Opernkräfte.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie der mit J. K. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie die mit J. K. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 43 — Sonnabend, den 20. Februar 1904 — 11. Jahrgang.

Gegen den Byzantinismus in der Kunst.

Der Reichstag bot am Dienstag, so schreibt uns unser parlamentarischer Mitarbeiter, ein ganz sonderbares Bild: Zum ersten Male seit Beginn dieser Session kein Wort gegen die Sozialdemokratie, kein Spott über den „Zukunftsstaat“, kein Ausdruck des Hasses gegen ihre Gegenwartsarbeit. Herr v. Kardorff Arm in Arm mit unsern Parteigenossen als Verteidiger der Kunst, ein Schauspiel für Götter; die Zentrumsabgeordneten, Lex Heinze-Leute vor wenigen Jahren, laufen Sturm gegen die Regierung, weil sie die moderne Kunst gefährdet, haben Paritätsschmerzen nicht für die katholische Religion, sondern für den gottlosen Künstlerbund, die Sezessionisten. Der nationalliberale Graf Oriola, den man bisher nur als Agrarier kannte, dem auch jetzt noch die „Elendskunst“ verhaßt ist, als Wortführer der Sezession, des Naturalismus — wahrlich ein würdiges Fastnachtsspiel, auch zeitlich genau auf die Faschingslaune berechnet!

Was ist denn geschehen? Zwischen der älteren Kunstgenossenschaft und dem jüngeren Künstlerbunde war über die Beteiligung an der Weltausstellung in St. Louis Streit ausgebrochen. Jede der beiden Künstlervereinigungen suchte, wie leicht verständlich, möglichst viel Raum für sich und ihre Anhänger zu erhalten. Die Reichsregierung vermittelte und legte schließlich einen Maßstab fest. Da plötzlich am 19. August 1903 stellt sich Anton v. Werner, der Vorsitzende der Kunstgenossenschaft, die sich der besseren höfischen Beziehungen erfreut und nur durchaus loyale Mitglieder hat, im Ministerium ein. Das Ministerium stellt rasch „Erwägungen“ an und binnen kürzester Zeit ist die Veranstaltung der ganzen Kunstausstellung in St. Louis der Kunstgenossenschaft übertragen, nachdem vorher das Wort von der Rinnsteinkunst gefallen war. Die Sinnesänderung geht so plötzlich vor sich, daß man keine Zeit hat, die einzelstaatlichen Regierungen auch nur zu benachrichtigen, und ist so kräftig, daß man den Vorsitzenden des Künstlerbundes, einen Großen, einen Akademieprofessor, nicht einmal mehr empfängt. Nun gehören aber auch der Sezession nicht nur die weitaus bedeutenderen Künstler, sondern auch recht einflußreiche Leute an, und so nahmen denn nach den Blamagen, die sich die offizielle Kunst nach den Weltausstellungen in Chikago und Paris geholt hatte, die bürgerlichen Parteien dieses Vorgehen nicht ruhig hin.

Natürlich ist es eine sonderbare Art von Opposition, die da getrieben wird. Abgesehen von Herrn v. Kardorff, der eine aufrichtige Begeisterung für die freie Kunst an den Tag legte und selbst vor dem vornehmsten Produkt moderner Hofkunst, der Berliner Siegesallee, nur recht wenig Ehrfurcht empfand, ist es ein gequältes Wenn- und Aber-Spiel. Besonders Graf v. Oriola machte eine unendliche Menge von Vorbehalten gegen die „freche“ Kunst. Mit berechtigtem Spott konnte Genosse Dr. Südekum, der die prinzipiellen Ausführungen unseres Genossen Singer mit feiner Kunstkennerschaft und scharfem Witz ergänzte, dem Herrn Grafen erklären, daß eine Reglementierung durch ihn nicht besser sei als eine Kunstkontrolle durch die preußische Polizei. Wir fordern völlige Freiheit, uneingeschränkten Individualismus, eine Kunstrepublik ohne Wilhelm II. oder A. v. Werner als Großherzog.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Lohnbewegung der Textilarbeiter zu Mühlhausen i. Th. ist durch einen Vergleich beendet. Ein Mitglied des Zentralverbandes in Berlin verhandelte mit den Fabrikanten, die einige Zugeständnisse machten. Der neue Tarif wurde auf drei Jahre festgelegt. An dem Beispiel der Mühlhauser Fabrikanten können die Krimmitschauer lernen, wie man mit seinen Arbeitern in Frieden auskommt.

Eine Beamtenmaßregelung ließ sich der „freisinnige“ Nürnberger Stadtmagistrat zuschulden kommen, indem er die Entlassung eines Kalkulators im städtischen Gaswerk verfügte, weil sich der Mann erlaubte, in seiner freien Zeit abends von 9 bis 11 Uhr an einigen Tagen in der Woche Arbeitergesangvereinen als Dirigent vorzustehen. Dem Mann konnte nicht der geringste Vorwurf gemacht werden, daß er seine Berufstätigkeit vernachlässige; im Gegenteil, man mußte ihm schriftlich wie mündlich bestätigen, daß sein Verhalten in und außer Dienst tadellos sei. Die Maßregelung muß um so parteiischer erscheinen, wenn man die Tatsache in Betracht zieht, daß eine ganze Anzahl „gutgesinnter“ Gesangvereine von städtischen Beamten dirigiert wird.

Nur für das Dienstmädchen. Der Karlsruher „Volksfreund“ erzählt folgenden Vorfall aus einem dortigen Fleischerladen: In den Laden trat eine Dame, herablassend einen guten Abend wünschend. Höflich grüßt der Fleischer und erkundigt sich nach den Wünschen der Dame, indem er fragt: „Womit kann ich dienen?“ Dame: „Ich möchte für fünf Pfennige Schwartenmagen. Der Fleischer traut seinen Ohren nicht recht und starrt die Dame mit großen Augen an. Die Dame sagt: „Ach, es braucht kein frischer zu sein; es können ältere Stückchen sein, es ist nur für das Dienstmädchen!“ Fleischer: „Ich habe dort schönen magern Schinken, soll ich Ihnen nicht davon für Pfennige geben?“ Die Dame eilt der Thüre zu, unter der sie zurückruft: „Unverschämt!“

Jahresarbeitsverdienst der Seeleute. Als Jahresarbeitsverdienst der Seeleute, nach welchem die Unfallrente bemessen und die Beiträge zur Invalidenrente berechnet werden, gilt nicht der wirkliche Jahresarbeitsverdienst, sondern ein fingierter Durchschnittsbetrag, der vom Reichskanzler festgesetzt wird. Es wurde nun vielfach darüber geklagt, daß diese Durchschnittssätze zu niedrig festgesetzt seien, sodaß die Seeleute zu niedrige Unfallrenten und, infolge der niedrigen Beitragsleistung, auch geringe Invalidenrenten erhielten. Diesem Uebelstande ist nun dadurch in etwas abgeholfen, daß der Reichskanzler unter dem 31. Dezember 1903 die Durchschnittssätze der Monatsheuer neu festgesetzt hat. Diese erneute Festsetzung unterscheidet sich von der früheren durch ihre ausgedehntere Spezialisierung, sodaß nun für alle Personenkreise der Durchschnittssatz besonders festgesetzt ist, während nach der früheren Regelung mehrere Gruppen zusammengenommen waren. Schon hierdurch wird erreicht, daß sich die Durchschnittsbeiträge dem wirklichen Verdienst besser anpassen. Die Durchschnittsbeiträge sind aber auch höher festgesetzt als früher. Während früher Invalidenmarken dritter Lohnklasse zu verwenden waren, sind die Vollmatrosen jetzt in die vierte Lohnklasse gekommen, wodurch sich die zu erwartende Invalidenrente wesentlich erhöht. Die erneute Festsetzung der Durchschnittslöhne ist also als sozialpolitischer Fortschritt zu betrachten.

Wenn zwei dasselbe tun. Ein Terrorismusfall, den hoffentlich die bürgerliche Presse mit gewohnter Eilfertigkeit ihren Lesern ebenfalls auftischen wird, kam dieser Tage nach dem „Vorw.“ in der Berufungsinstanz vor dem Landgericht zu Beuthen zur Aburteilung. Während des Beutherer Maurerstreiks im Juni vorigen Jahres wurde der Maurer Joseph Scholz beim Vorüberfahren an einem Bau von dem Bauunternehmer Bialas gezwungen, vom Rade zu steigen, und erhielt nach einem Wortwechsel von diesem mehrere Schläge mit dessen dickem Stocke. Der Fleischermeister Nawrath, der auch bauen ließ, kam dazu und nahm Bialas' Stock, um die Mißhandlung gegen Scholz fortzusetzen; dieser ergriff aber die Flucht, da eine ganze Anzahl Arbeitswilliger von den nahegelegenen Bauten mit Knüppeln und Steinen auf ihn losgingen. Von den Verfolgern war Nawrath der erste, er schlug nach der Bekundung eines Zeugen nach Scholz mit dem Stock, worauf dieser sich umdrehte und Nawrath den Stock entwand, wobei N. hinfiel. Als er wieder aufgestanden war, schlug Scholz nach seiner eignen Angabe mehreremal mit dem Stock den Nawrath so, daß dieser blutete. Das Schöffengericht nahm seiner Zeit an, daß Scholz sich nicht im Stande der Notwehr befand, als er N. schlug und verurteilte ihn deshalb zu zwei Monaten Gefängnis, während der gleichfalls angeklagte Nawrath — freigesprochen, Bialas aber zu — 21 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Vor dem Landgericht wurde jetzt die Strafe des Scholz allerdings von zwei Monaten auf drei Wochen Gefängnis herabgesetzt; sein freigesprochener Verfolger aber noch — nachträglich zu 21 Mark Geldstrafe verurteilt. Dieser Spruch des Landgerichts ändert aber das Verhältnis zwischen dem Urteil gegen den in der Notwehr handelnden Arbeiter und dem gegen die angreifenden Unternehmer nur graduell. Der verfolgte Arbeiter erhält zwei Monate bezw. drei Wochen Gefängnis. Die verfolgenden Unternehmer erhalten je 21 Mk Geldstrafe. — Dabei sieht der Unternehmer Bialas auf eine recht erhebliche Summe von einschlägigen Vorstrafen zurück; er ist zwölfmal, darunter fünfmal wegen Körperverletzung, zweimal wegen Unterschlagung, weiter wegen Bedrohung, Hausfriedensbruch, Beleidigung und Freiheitsberaubung bestraft!

Der sechste Kongreß der Jaurésisten, trat am Montag den 14. Februar in St. Etienne zusammen; anwesend waren 80 Delegierte, die 33 Föderationen und die parlamentarische Gruppe vertraten. Den Vorsitz übernahm Genosse Ledin, der Maire (Bürgermeister) von Saint Etienne. Den Bericht der parlamentarischen Gruppe erstattete Rouanet: Die Tätigkeit der Partei charakterisiere sich durch drei große Züge. In politischer Richtung sei das die Befestigung der Demokratie; in sozialer Beziehung die Durchsetzung von Reformen, die geeignet sind, die Lebensbedingungen des Proletariats zu verbessern. Mit den Gruppen der bürgerlichen Demokratie habe ein enges Zusammengehen stattgefunden. Die parlamentarische Gruppe unterstützte das Kabinett Combes, welches das Werk Waldeck-Rousseaus weiter führe. Redner erörterte dann die Gründe, warum die sozialistische Fraktion die antiministerielle Politik, die sie bis 1898 verfolgte, aufgegeben habe. Indem das Proletariat für die Demokratie, gegen die Kirche kämpfe, kämpfe es für sich. Das Zusammengehen mit anderen Fraktionen der republikanischen Mehrheit habe ihren Einfluß vergrößert, den Fortschritt der sozialen Demokratie beschleunigt. Orry gab den Bericht des interfederalen Komitees: Er sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Beziehungen des Komitees mit der parlamentarischen Gruppe gleich Null seien; der Partei fehle es an einer politischen Leitung. Die parlamentarische Gruppe repräsentiere nicht die Partei. Das Komitee habe die Pflicht, mit den Gewählten alle Fragen der Politik zu diskutieren. Zum Schluß beantragte Orry die Abänderung des Statuts, durch welche dem interfederalen Komitee die Leitung der Parteipolitik zugesprochen wird. Ducos de la Haille schloß sich in der Diskussion dem Vorredner an. In der parlamentarischen Gruppe herrsche eine vollständige Anarchie; es sei unbedingt nötig, daß das Komitee größeren Einfluß erhalte. Marmonnier meinte, daß die Anarchie innerhalb des interfederalen Komitees größer sei als irgendwo. Briand wandte sich gegen die Auffassung Orrys. Es handle sich hier um die Frage, ob die selbständige Basis der Partei aufrechterhalten bleiben solle gegenüber der Diktatur einiger Pariser Genossen. Das Komitee habe seine Tätigkeit im Lande und nicht im Parlament zu entfalten. Nach Briand ist es unmöglich, eine Einheitlichkeit in der Taktik und in der Theorie zu erlangen. Die Deputierten seien mit ihren Föderationen in ständiger Berührung; dort werde die Kontrolle der Gewählten ausgeübt. Bei Beginn der Legislatur habe auf seine Anregung

Im Eckfenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

58. Fortsetzung.

„Ich wiederhole nicht gern, was in der Stadt gesprochen wird,“ erwiderte Dürrbeck nach einer Pause, „aber seit etwa acht Tagen bin ich hier und da nach Schallers gefragt worden, ob ich etwas Näheres über ihre Lebensverhältnisse wisse und ob sie „reich“ wären.“

„Junge Leute fragten danach?“ lächelte Hans.

„Doch nicht so ganz, wie Du meinst,“ sagte Dürrbeck, „und dennoch macht mich wieder die Tochter irre. Ich weiß aus sehr guter Quelle, daß sich vor wenigen Tagen ein sehr wohlhabender und anständiger Herr aus guter Familie um ihre Hand beworben und einen Korb bekommen hat.“

„Aus guter Familie?“

„Aus sehr guter Familie und noch in den besten Jahren. Schaller selbst soll außer sich darüber gewesen sein und eine heftige Szene mit seiner Tochter gehabt haben.“

Hans hatte anfangs an seine tausend Taler gedacht, die ihm Schaller allerdings noch nicht zurückgezahlt; die letzten Worte des Freundes lenkten seine Aufmerksamkeit aber wieder auf einen andern Punkt.

„Es ist in der Tat ein merkwürdiges Wesen,“ sagte er, „und ihren beiden Eltern so unähnlich wie nur irgend möglich. Uebrigens muß ich gestehen, daß ich sie seit einiger Zeit gar nicht gesehen habe, und eigentlich hatte ich die Absicht, heute Morgen einmal dort vorzusprechen. Hast Du nichts Besonderes vor, Bernhard, so können wir ja einmal zusammen hinaufgehen.“

„Gern, wir sind überhaupt hier in der Nähe; nur verhüte Gott, daß wir der Frau von Schaller allein in den Weg laufen, denn die kann wirklich fürchterlich sein.“

„Sie ist überspannt . . .“

„Ja, sie ist fast mehr als das, und ich glaube auch fest, ihr höchster Wunsch schon deshalb, Kathinka bald aus dem Hause zu bekommen, damit sie nicht mehr als Mutter einer erwachsenen Tochter dasteht und wieder einmal als „junge Frau“ glänzen kann. Sie leistet darin Außerordentliches.“

„Lieber Gott,“ lachte Hans, „jeder Mensch hat eigentlich seine kleine Schwäche, und ich will gern zugestehen, daß sie davon eine etwas größere Portion besitzt als manche andere Leute, sonst aber scheint sie mir auch wieder seelensgut, und ich habe noch nie ein unfreundliches Wort von ihr gehört — aber da sind wir!“

Die beiden jungen Leute stiegen die Treppe hinauf und wurden oben ohne Weiteres eingelassen. Das Mädchen erklärte ihnen aber, daß die „gnädigen Herrschaften“ nicht zu Hause seien. Der gnädige Herr wäre schon früh weggegangen und die gnädige Frau erst vor einer halben Stunde, sie käme auch vielleicht bald wieder, aber das gnädige Fräulein wäre „drinnen“.

„Und wollen Sie anfragen, ob uns das gnädige Fräulein empfangen will? Von Solberg und Hauptmann von Dürrbeck.“

Das Mädchen kam nach wenigen Minuten wieder heraus und bat die Herren, nur gefälligst einzutreten, das gnädige Fräulein würde gleich erscheinen. Dabei öffnete sie die Tür des Salons, und die beiden Herren fanden sich gleich darauf in dem jetzt gewissermaßen verödeten Raume, denn die Möbel waren von weißen Ueberzügen verdeckt und die Rouleaux noch nicht einmal emporgezogen. Das Mädchen ging übrigens augenblicklich daran, wenigstens den letzten Uebelstand zu verbessern, und Dürrbeck betrachtete sich indessen die beiden Portraits der Familie Schaller, die in großen Rahmen an der Wand hingen.

Frau von Schaller mußte in der Tat einmal hübsch gewesen sein, obgleich die Zeit schon ziemlich fern lag. Wenn auch nicht in ihrem Angesicht, das die darüber hingegangenen Jahre nicht Lügen strafte, so hatte sie sich aber jedenfalls in ihrer Toilette außerordentlich konserviert, denn sie ging heute noch genau so gekleidet und trug genau so ihre Haare, wie als junge, damals vielleicht achtzehn- oder neunzehnjährige Frau, ja, hatte sogar noch das etwas kindlich affektierte Wesen, das sich auch deutlich in diesem sonst vortrefflich gemalten Bilde ausprägte.

Kathinka von Schaller gab ihnen aber nicht lange Zeit, sich in dem Saal allein zu beschäftigen.

„Mein gnädiges Fräulein“, rief Hans, sie begrüßend, „wir wollten uns das Vergnügen nicht versagen, Sie wieder einmal heimzusuchen, um uns persönlich zu überzeugen, wie es Ihnen und Ihren Eltern geht.“

„Sie sind sehr freundlich“, sagte Kathinka, aber doch mit einem forschenden Blick auf Hans, als ob sie noch etwas Anderes hinter seinen Worten suche; „doch wollen die Herren nicht hier in das Wohnzimmer treten? Zu einem freundschaftlichen Besuche brauchen wir ja keine Form, und es ist drüben viel gemütlicher.“

„Das ist sehr liebenswürdig von Ihnen“, sagte Hans herzlich; „denn ich muß Ihnen aufrichtig gestehen, ich persönlich mag diese Empfangssäle auch nicht leiden. Sie kommen mir immer vor wie ein Wartesalon erster Klasse auf einer Eisenbahnstation. Sie sind stets leer und kalt und dabei so ungeheuer ordentlich gehalten.“

„In einem Wohnzimmer ist es auch mir immer gemütlicher“, versicherte Dürrbeck, indem sie zusammen hinüberschritten, das Mädchen ihnen etwas verdutzt nachsah und dann mit einem: „Na, meinswegen lasse ich sie wieder 'runter!“ die eben aufgezogenen Rouleaux wieder niederließ. — „Es darf nicht zu ordentlich aussehen, es muß wenigstens eine Arbeit, ein offenes Buch oder sonst etwas da liegen, daß man sieht, es wird von Menschen benutzt. Ihre Eltern sind ausgegangen?“

„Ja, der Vater schon heute in aller Frühe; die Mutter wird aber gewiß bald zurückkommen. Aber, Herr von Dürrbeck“, setzte sie leise errötend hinzu, „ich glaube, man darf

eine Plenarsitzung der Deputierten und des Komitees stattgefunden; dort sei die Gruppe ermächtigt worden, dem republikanischen Block beizutreten, trotzdem er (Briand) auf die daraus entstehenden Unannehmlichkeiten aufmerksam gemacht habe. Sie verlangen von uns Einheitlichkeit der Abstimmungen; selbst die Revolutionäre haben diese bei sich nicht herstellen können. Zum Schluß schlug Redner vor, daß bei Beginn jeder Session eine Verständigung zwischen der parlamentarischen Gruppe und dem interfederalen Komitee über die zu befolgende Taktik herbeizuführen ist.

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Arbeiter Karl Maibohm aus Goslar von der Strafkammer in Hildesheim zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. M. hatte am 11. Oktober v. J. im Zustande der Trunkenheit in Gegenwart seiner Schwiegermutter und seines Schwagers eine beleidigende Aeußerung über den Kaiser gemacht. Als M. sich bald darauf mit seiner Frau zankte, ging die Schwiegermutter zur Polizei und denunzierte ihn wegen Majestätsbeleidigung. M. wäre wahrscheinlich freigesprochen worden, wenn Schwiegermutter und Schwager vor Gericht von dem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch gemacht hätten. Sie taten dies aber nicht.

Deutsche Kultur. Gleich 3 Hinrichtungen sind Dienstag morgen vollzogen worden. In Landsberg a. W. wurden zwei Mörder, der Oberschweizer Schärer und der Unterschweizer Kitz, welche im vorigen Jahre die Wirtschafterin des Gutsbesitzers Quilitz in Lorenzdorf getötet hatten, durch den Scharfrichter Engelhardt aus Magdeburg enthauptet. In Tilsit büßte der Fleischermeister Hubert, der wie seinerzeit berichtet, den dreifachen Raubmord in Lompönen verübt hatte, seine Schuld mit dem Tode. Während Hubert bisher stets das Verbrechen geleugnet hatte, legte er, wie der „Lok.-Anz." mitteilt, kurz vor der Hinrichtung ein volles Geständnis ab.

Ueber eine geradezu erstaunliche Bierpantscherei macht der Verwaltungsbericht der Stadt Dresden Mitteilungen. Nach den Entdeckungen eines Steuerbeamten, denen später eine staatsanwaltliche Untersuchung folgte, wurden in einer Brauerei auf dem Lande zur Herstellung von Bier augenscheinlich Hopfen und Malz überhaupt nicht, dagegen zehn verschiedene Präparate, die als Fälschungsmittel dienten, gefunden, die in Düten und Zigarrenkisten aufbewahrt wurden. Neben gepulvertem Natriumkarbonat gab es da Weinsäure, es fanden sich als „Spundesperlen" bezeichnete Tabletten von je 0,5 Gramm Gewicht, die aus doppeltkohlensaurem Natron und Kochsalz bestanden. Weiter gab es grobgemahlenen Koriander als Gärungspulver, ein Kesselklärpulver aus Muskatnußmehl, ein Moussierpulver aus einem Gemisch von Rohrzucker, Natriumbicarbonat und Weinsäure mit 0,7 Proz. Saccharin rc. Es gelang, drei Lieferanten der Verfälschungsmittel festzustellen. Von einem gerichtlichen Verfahren gegen diese und die feine „Brauerei" hat man hier jedoch noch nichts gehört. Auch die Namen teilt der Verwaltungsbericht nicht mit.

Der liebende Schutzmann. Vor dem Landgericht in Chemnitz hatte sich ein Schwindler wegen Betruges zu verantworten, der vom 1. Februar 1901 bis zum vorigen Sommer in Leipzig Schutzmann war. Es ist der am 22. Oktober 1876 in Euba geborene Paul Richard Walther, ein gefährlicher Schürzenjäger, der schon als 19jähriger Durche Vater wurde und seinen Neigungen zum schönen Geschlechte als Soldat und Unteroffizier frönte, wie später auch als Schutzmann. Er hatte zu gleicher Zeit etwa ein Dutzend „Verhältnisse". Sein 1500 Mark betragendes Gehalt reichte nicht mehr aus und er schröpfte nun den Vater einer „Braut", einen Steinsetzmeister H. in Oberwiesa, der schließlich, da seine Tochter — wie noch etliche andere — von Walther Mutter geworden war, mit der Heirat drängte. Er gab Walther 600 Mk., damit er die Verheiratung bewerkstelligen könne. Walther richtete eine Wohnung in Leipzig ein und zog mit einer anderen Braut hinein. Schließlich kam die H. dahinter und holte ihre Sachen weg. Walther hat sie um 700 Mark geschädigt. Einen Schneider in Leipzig betrog er um 90,50 Mk., einen Möbelhändler um 45 Mk. Der Angeklagte wurde zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und fünfjährigem Ehrverlust verurteilt.

Ein interessanter Prozeß mit politischem Hintergrund wurde am Montag vor dem Landgericht Bielefeld entschieden. Es erregte seinerzeit vielfach Aufsehen, daß der Stadtverordnete Schönfeld in Herford bei den letzten Reichstagswahlen öffentlich für den sozialdemokratischen Kandidaten Hoffmann-Bielefeld, den Redakteur der „Volkswacht", gegen den Oberbürgermeister Quentin-Herford und den Konservativen Meyer-Bielefeld eintrat. Die Herforder Turngemeinde, um deren Entwickelung sich Schönfeld Verdienste erworben hatte, entzog ihm daraufhin die Ehrenmitgliedschaft und den ihm verliehenen Ehrenvorsitz. Sie begründete ihr Vorgehen damit, daß der § 1 ihrer Statuten bestimme, daß der Verein vaterländische Gesinnung pflege. Das Landgericht hatte in einer früheren Verhandlung beschlossen, tatsächliche Erhebungen über die Behauptung der Turngemeinde Herford anzustellen, daß Schönfeld für den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei agitatorisch eingetreten sei. Der Vertreter des Klägers gab in der Verhandlung zu, daß Schönfeld für den sozialdemokratischen Reichstagskandidaten eingetreten sei. Schönfeld behaupte aber, er habe das als ein Anhänger Waldecks bei den im Wahlkreise Halle-Herford herrschenden eigenartigen Verhältnissen im Interesse der Stadt und des Kreises sowie des Vaterlandes getan. Das Landgericht erklärte in seinem Urteil den Beschluß der Herforder Turngemeinde für ungültig und legte ihr die Kosten des Verfahrens auf. Es nahm formell an, daß ein klagbares Recht vorliege, daß der Verein berechtigt sei, einem Mitgliede die Ehrenmitgliedschaft zu entziehen, wenn der Inhaber derselben grundsätzlich gegen den Geist der Statuten verstoße. Das sei aber nicht erwiesen worden. Man könne in dem Umstande, daß Schönfeld aus parteipolitischen Gründen für die Wahl eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten eingetreten sei, keine Agitation für die Sozialdemokratie als solche erblicken.

Ein merkwürdiger Fall von Selbstanzeige beschäftigte das Kriegsgericht in Frankfurt a. M. Im Januar 1902 war der Rekrut Karl Weber von der 4. Schwadron des Hanauer Ulanenregiment ins Lazarett gekommen. Er hatte sich nach seiner Angabe einen Span zum Auskratzen der Hufe schneiden wollen und sich dabei in den linken Zeigefinger geschnitten. Die Wunde eiterte und der Ulan konnte erst im März das Lazarett verlassen. Da die Sehne durchschnitten war, blieben die beiden oberen Fingerglieder steif; der Ulan wurde deshalb als dienstunfähig entlassen und erhielt eine Invalidenpension von 9 Mk. monatlich zugesprochen, da die Beschädigung im Dienst erfolgt war. Anfangs Dezember v. Js. meldete sich nun Weber bei der Behörde, zahlte die bis dahin empfangenen 162 Mk Invalidengelder zurück und bat um seine Verhaftung. Die Verletzung sei nicht zufällig geschehen, sondern absichtlich, damit er vom Militär freikomme. Sein Kamerad, der Ulan Johann Großer habe ihm dabei geholfen. Die Untersuchung bestätigte diese Angaben. Weber, der aus Elberfeld stammt, war freiwillig bei den Ulanen eingetreten, wünschte aber trauriger Familienverhältnisse wegen frei zukommen. Er besprach die Sache mit seinem Freund Großer, und eines abends, als sie in der Kantine stark gezecht hatten, gingen sie hinter den Stall, Weber legte seinen Finger auf einen Pflock, Großer nahm das Brotmesser des Weber, legte es auf den Finger und schlug mit dem Hammer, den er als Schmied bei sich führte, darauf. „Schneiden konnte ich nicht," sagte er vor dem Kriegsgericht, „dazu hatte ich keine Natur dazu." Weber nahm dann nach seiner Entlassung eine Stelle in Elberfeld und im vorigen Jahre eine solche in Amsterdam an. Diese gab er auf, um sich selbst anzuzeigen. „Ich wollte mein Gewissen rein erhalten," erklärt er; „denn ich sah mich als Betrüger an." Hauptsächlich scheint es aber der Einfluß seiner Braut gewesen zu sein, der die Selbststellung herbeiführte. Denn er hatte sich inzwischen verlobt, aber seine Braut verlangte, daß er die Strafe, die ihm gebühre, auf sich nehme. Diese Strafe ist nun allerdings sehr hoch. Auf Selbstverstümmelung, die zum Heeresdienst untauglich macht, steht Gefängnis nicht unter einem Jahr, und dieselbe Strafe mußte gegen Großer wegen Beihilfe zur Selbstverstümmelung erkannt werden. Das Kriegsgericht ging jedoch über das niederste Strafmaß nicht hinaus, brachte auch die Untersuchung in Abrechnung und beschloß außerdem, ein Gnadengesuch für die beiden Verurteilten einzureichen.

Gegen das Haberfeldtreiben. Nachdem sich in Oberbayern weltliche und kirchliche Behörden Jahrzehnte lang vergeblich mit der Ausrottung des Haberfeldtreibens abgemüht hatten, gelangte vor sechs Jahren durch Zufall ein Verzeichnis von Haberern in den Besitz der Polizei. Die bei den nachfolgenden Gerichtsverhandlungen verhängten Strafen waren derart streng, daß die zur Unsitte ausgeartete alte Volkssitte damit endlich beseitigt zu sein schien. In der letzten Zeit sind aber wieder einige Haberfeldtreiben vorgekommen, und das Münchener Landgericht hat jetzt nach der „Köln. Ztg." einen der Teilnahme überführten Dienstknecht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Betreffende, der schon 1897 einmal wegen desselben Vergehens vor Gericht gestanden hat, soll bei einem am 2. Oktober v. Js. in der Nähe von Ebersberg abgehaltenen Treiben mitgewirkt haben. Ohne sein eigenes Plaudern wäre er unentdeckt geblieben, da die Bauern, wie stets bei ähnlichem Anlaß, eine große Angst vor den Haberern gezeigt hatten.

Neutralitätserklärung. Unter dem Titel „Neutralitätserklärung" veröffentlicht der bekannte dänische Satiriker Carl Ewald in der Kopenhagener Zeitung „Politiken" folgende Skizze: St. Petrus trat vor Gottes Thron und erstattete Bericht über den russisch-japanischen Krieg. Als er zu Ende war, stürzte der russische Engel auf die Knie und rang die Hände. „Hilf den Russen, o Herr! den rechtgläubigen Russen!" bat er. „Der Zar wird Dich preisen in St. Petersburg, wird vor Dir knieen in Moskau und sich vor Dir auf sein Angesicht werfen in Kasan!" „Zerschmettere die grausamen, ungerechten Russen!", bat der finnische Engel und erhob sein dunkles, tränenfeuchtes Antlitz. Der französische Engel flüsterte in das rechte Ohr des Herrn: „Stehe den Russen bei, sonst macht Frankreich bankerott." Der englische Engel neigte sich gegen das linke Ohr des Herrn: „Laß' die Japaner weitersiegen, damit wir nicht in die Zwangslage kommen, ihnen beistehen zu müssen!" „Stürze sie alle beide ins Verderben!" seufzte der chinesische Engel aus der Tiefe seines Herzens. „Wo ist der japanische Engel?" fragte Gott. „Ich sehe ihn nicht." „Er ist in den Krieg gegangen," sagte St. Petrus. „Er liegt jetzt im Anschlage und schießt auf Port Arthur." Gott sah von dem einen zum andern. Dann flog ein Lächeln über sein unergründliches Angesicht. „St. Petrus, höre!" sagte er. „Wir werden uns neutral verhalten!"

Die Japaner im Ausland. Die Auswanderung der Japaner ist im Verhältnis zu der großen Volksdichte, die im Reich des Mikado vorhanden ist, noch keine besonders hohe. Nach der letzten Zählung vom 31. Dezember 1899 hatte Japan eine Bevölkerung von etwas über 44 Millionen, und es wohnten auf einem Quadratkilometer im Durchschnitt 186 Menschen. Diese Zahlen bedeuten eine sehr starke Bevölkerung. Man bedenke, daß Frankreich ohne seine Kolonien um mehr als ein Viertel größer ist als Japan, aber nach der letzten Volkszählung von 1901 noch nicht ganz 39 Millionen Einwohner hatte, also nur eine Volksdichte von 117 auf je ein Quadratkilometer. Die japanische Auswanderung hat allerdings in den letzten Jahrzehnten ganz bedeutend zugenommen. In der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts betrug beispielsweise die Zahl der japanischen Auswanderer rund 38 500 gegen nur 15 100 in den vorausgegangenen 5 Jahren. Zweifellos hat die jüngste Entwicklung der Lage in China eine weitere Steigerung der japanischen Auswanderung dorthin zur Folge gehabt und vermutlich auch eine Erhöhung der Gesamtziffer. Die Zahl der in Korea lebenden Japaner hat in den letzten Jahren auffallenderweise nicht zugenommen. 1896 hielten sich etwa 22 000 Japaner in Korea auf, jetzt nach den letzten Feststellungen nur etwa 16 000. Der Hauptstrom der japanischen Auswanderung hat sich bisher immer nach den Südsee-Inseln gerichtet, besonders nach Hawai. Auf dieser Inselgruppe ist die Zahl der ansässigen Japaner noch in den letzten Jahren ganz außerordentlich gestiegen. 1896 betrug sie erst etwas über 12 000 und jetzt gegen 60 000 und ist doppelt so stark wie die gesamte weiße Bevölkerung. Seit 1885 sind weit über 100 000 Japaner nach diesen Südsee-Inseln ausgewandert; allerdings kehrte ein erheblicher Teil später wieder nach der Heimat zurück. Auf anderen Südsee-Inseln haben sich die Japaner weniger einbürgern können, weil sie unter dem Klima sehr zu leiden haben, was eigentlich sonderbar ist, weil das Klima ihrer Heimat doch auch keineswegs rauh ist. Besonders auf den Fidschi-Inseln ist unter den japanischen Einwanderern eine geradezu mörderische Sterblichkeit aufgetreten. Viel leichter akklimatisieren sich die Japaner in nördlichen Gebieten, beispielsweise in Kanada.

Ihnen ja jetzt Glück wünschen, denn wie ich höre, ist der Tag Ihrer Verbindung jetzt angesetzt und wird noch in diesem Monate liegen."

„Ich hoffe ja und danke Ihnen herzlich für Ihren freundlichen Wunsch."

„Und wollen Sie uns nicht einmal ihre Braut zuführen? Wir sind so nahe Nachbarn."

„Mein gnädiges Fräulein", sagte Dürrbeck, und seine Augen leuchteten dabei, „ich kann mir nichts Besseres wünschen, als gerade Ihre Bekanntschaft zu machen, und wenn ich darf, sollen Sie nicht lange darauf zu warten haben."

„Wir hatten so hübsch zusammen musiziert."

„Und wie gern wird Constanze einer solchen Einladung folgen!"

Das Gespräch wurde jetzt allgemein und wandte sich zuerst auf das Theater, dann nach anderer Richtung zu; Hans von Salberg konnte aber nicht umhin, zu fühlen, daß sich Kathinka vorzugsweise nur dabei an den Hauptmann wandte und auf einzelne Bemerkungen, die er machte, entweder gar nicht einging oder doch nur flüchtig darüber hinwegglitt. So kalt hatte sie sich ihm eigentlich noch nie gezeigt, und zwar so auffällig kalt, daß es selbst Dürrbeck bemerkte und sich später sogar darüber gegen den Freund äußerte.

Noch während sie zusammen sprachen, entstand ein Tumult auf der Straße, und alle drei traten an die Fenster, um zu sehen, was es da draußen gäbe.

Es ließ sich aber von hier aus nichts weiter erkennen, als daß die Leute von rechts so rasch sie konnten, den Brink hinab liefen, wo sich eine Menschenmenge gesammelt zu haben schien.

Hans hatte das Fenster geöffnet, sah hinaus und bemerkte jetzt, wie auch Herr Hofapotheker Semmler, in großer Hast und ein paar Flaschen in der Hand, den Schauplatz preßte. Da er schräg über die Straße rannte, bemerkte ihn Kathinka ebenfalls und sagte schen:

„Oh, um Gottes willen, da ist gewiß wieder ein Unglück geschehen! Die armen Menschen, die das betroffen hat!"

Drüben an den Fenstern sammelten sich ebenfalls die Bewohner. Konstanze Blendheim sah heraus und grüßte freundlich, als sie den Hauptmann sich gegenüber bemerkte. Auch Direktor Sußmeyer stand, jetzt ohne Rüstung, wieder in seinem rotseidenen Schlafrocke und den Kopf voll Papilloten am offenen Fenster und zog sich zurück, als ihn die Straßenjungen bemerkten und Interesse an ihm nahmen.

„Kiek mal den Kerl an mit de witten Locken!" Einer der Jungen hatte auch unglücklicher Weise ein kleines, kurzes Blasrohr und Tonkugeln und sandte eine davon so geschickt nach dem gewichtigen Haupte, daß sie den Direktor gerade oben auf die Nasenwurzel traf. Wie er sich erschreckt mit der Hand dahin fuhr, brachen die Jungen in ein wahres indianisches Jubelgeheul aus, hatten aber keine Zeit, sich länger mit ihm aufzuhalten. Sie mußten wissen, was dort vorging, während Sußmeyer nicht mehr neugierig zu sein schien, denn er verschwand sprachlos von seinem Fenster.

„Ich glaube, es sind Pferde durchgegangen," sagte Hans, „ich sehe da wenigstens einen Wagen fahren, von dem man die Pferde abgespannt hat."

„Die Menschen sind so unvorsichtig, und besonders mit Pferden. Sie, Herr von Salberg, ritten auch neulich ein so wildes Tier hier vorüber, daß ich in Todesangst war, es könne ein Unglück geschehen."

„Der Rappe ist etwas wild," lachte Salberg, „Sonderbar, daß die schwarzen Pferde, und mehr fast noch die Füchse, einen Harten, die letzteren sogar oft einen boshaften Charakter haben, während weiße und braune Tiere meistens gutmütiger Art sind. Ja, man will sogar beobachten, daß sich selbst bei den Menschen der Charakter im Haar ausprägen oder ihn wenigstens andeute. Das würde aber nur für Europa maßgebend sein, denn alle andern Völker tragen schwarzes Haar, und darunter die verschiedensten Charaktere, die sich denken lassen.

„So lassen Sie uns einmal unsere Bekannten durchgehen," lachte Dürrbeck, der, als sich Konstanze drüben vom Fenster zurückgezogen, ebenfalls seinen Platz wieder eingenommen hatte. „Sie, mein gnädiges Fräulein, haben sehr schönes kastanienbraunes Haar, also einen milden Charakter — das würde stimmen. Deine Schwester, Hans, hat schwarzes Haar, aber es ist wahr, auch, wenn ich nicht irre, einen etwas härteren Charakter; ich glaube, sie wird ihrem Manne einmal zu schaffen machen."

„Und Rauten ist blond," sagte Hans.

„Ja," meinte Dürrbeck, „ich weiß nur nicht, ob wir blonde Haare da hineinziehen dürfen, denn diese sind besonders eine Eigenschaft des Nordens, wie das schwarze Haar eine des Südens ist."

„Dann kommen wir aber zu keinem Resultat," lächelte Kathinka, „denn als Mittelfarbe würden nur rote und braune gelten können."

„Warten Sie einmal," sagte der Hauptmann, „wer hat denn eigentlich von unseren Bekannten rote Haare, gegen die doch immer ein Vorurteil besteht?"

„Mein Vater," lachte Kathinka; „wissen Sie das nicht?"

„Wahrhaftig," rief Dürrbeck und wurde doch ein wenig verlegen, „daran habe ich im Augenblick gar nicht gedacht; aber die Sache stimmt auch nicht und mag auf Pferde passen, aber nicht auf Menschen. Außerdem ist auch noch die Farbe der Haare erblich, während der Charakter des Menschen das nie sein kann."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Zimmerbrick — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer u. Co. — Sämmtliche in Lübeck.